

chen mindestens ebenso hell beleuchtet, wie die eigenen Laternen. (Ebenso Müller Kraft-Königsberg, JW. 1928 S. 1760.)

Die zahlreichen abweichenden und einschränkenden Ansichten der Rechtsprechung (wie KG. d. R. Z. 1928 Nr. 86; Bayr. OLG. a. a. O.; OLG. Naumburg, Höchstgerichtliche Rechtsprechung 1927 S. 352; OLG. Celle, Goltdammers Archiv Bd. 70 S. 287; OLG. Hamburg, Goltdammers Archiv Bd. 71 S. 183) überzeugen nicht. Besonders schlägt die Einwendung nicht durch, dass die Eigenbeleuchtung des Kraftwagens stets brennen müsse, weil die Strassenbeleuchtung einmal versagen könne. Veragen kann die Lichtanlage des Kraftwagens auch. Die Gefahr trägt der Kraftfahrer in einem wie dem anderen Falle. Es ist seine Sache, aufzupassen, dass sein Kraftwagen stets ausreichend beleuchtet ist, mag es nun durch die eigenen Laternen oder eine Strassenlaterne geschehen.

Deshalb wird das angefochtene Urteil aufgehoben und der Angeklagte freigesprochen (§ 354 StPO.) (2. Strs. 31. Mai 1929.)

Diese höchstgerichtliche Entscheidung hat das Thüringische Ministerium des Innern an alle Thüringischen Behörden in Abschrift gesandt, damit weitere Strafanzeigen wegen des Delikts vermieden werden. Hoffen wir, dass andere der Praxis entsprechende Urteile bald folgen.

Versammlungs-Bericht

von der ausserordentlichen Versammlung, abgehalten den 26. Januar 1930 vom Zw. Automobilist w
Katowice.

Um 10.30 Uhr eröffnete Kollege Augsburg die sehr gut besuchte Versammlung mit einer Ansprache. Der grosse Saal im „Tivoli“ war vollkommen überfüllt. Verreten war die Wojewodschaft sowie die Polizei durch offizielle Delegierte. Anwesend waren auch die Vertreter der Tagespresse.

Nach der Eröffnung übergab Kollege Augsburg den Vorsitz dem Kollegen Gregoracki, worauf der Kollege Adamczyk das Wort ergriff und in einem längeren Referat über die Lage des Chauffeurberufes sprach. Eingangs gab derselbe einen Bericht über die Absichten der Regierung für alle Chauffeure in Polen psychotechnische Prüfungen einzuführen. Er wies an Hand von Beispielen auf die Gefahren hin, die insbesondere den älteren Kollegen daraus erwachsen können. Vielen Kollegen könnte der Führerschein entzogen werden und dieselben könnten dadurch der Existenz beraubt werden.

Weiter berichtete Referent über die Schritte, die der Hauptvorstand des Z. Z. A. bei der Regierung unternommen hat, um besondere Gerichte für Automobilfragen einzuführen, damit derartige Fälle durch Fachleute entschieden werden. Es wird von Verbandsseite angestrebt, bei den Administrationsbehörden Instanzen einzurichten welche die Höhe der Strafmandate für Chauffeure festzusetzen hätten. In dieser Instanz wären auch die Vertreter des Zw. Automobilistow vertreten sein.

Des weiteren kritisierte Kollege Adamczyk das alte deutsche Automobilgesetz, das in Polnisch Oberschlesien noch bis heute verbindlich ist. Aus dieser Tatsache ergeben sich viele Unannehmlichkeiten für die Chauffeure. Ausserdem wird durch die teilweise

Anwendung des polnischen Automobil-Gesetzes eine Rechts-Unsicherheit geschaffen die nur durch die vollständige Einführung des neuen polnischen Automobil-Gesetzes behoben werden kann.

Besonders kritisierte der Redner die neuen Verordnungen betreffend der Anwendung von Signalen sowie der sofortigen Strafen, weil durch die ausführenden Polizeiborgane damit viel Missbrauch getrieben wird.

Desgleichen kam er auf die nicht immer einwandfreie Berichterstattung der Presse zu sprechen und wandte sich an die anwesenden Pressevertreter mit der Bitte für die Zukunft sachlich über Auto-unfälle zu berichten.

Nach dem Referat entwickelte sich eine lebhafte Diskussion an der sich unter andern folgende Kollegen beteiligten: Kollege Stanek unterstrich die Ausführungen des Kollegen Adamczyk und verlangte ausserdem eine Sicherstellung der Chauffeure fürs Alter. Kollege Chmiel, Baruszek, Maciejewski berichteten über eigene Erfahrungen mit der Polizei und über die Schikanen derselben. Weiter sprachen, der Kollege Grefrath über die Einigkeit und Zusammenarbeit, Kollege Wony über augenblicklich in Loz beschäftigt ist wies auf die Leiden der dortigen Chauffeure hin. Es sprachen noch die Kollegen Gregoratzki, Kübel, Kasprowski und andere über aktuelle Sachen. Die Diskussion war sehr sachlich.

Auf die verschiedenen Anfragen erweiterte Kollege Adamczyk worauf folgende Resolutionen beschlossen wurden:

Resolution.

1) Die bei der am 26. Januar 1930 stattgefundenen ausserordentlichen Versammlung anwesenden Chauffeure nach Anhörung des Referats über die Einführung von psychotechnischen Prüfungen von Chauffeuren in Polen, protestieren auf das entschiedenste gegen die Einführung derselben. Die Versammelten sind der Ansicht, dass derartige Prüfungen für die Kandidaten der Chausseurschulen einzuführen sind.

Die Versammelten ersuchen den Hauptvorstand des Zw. Zawodowy Automobilistow auch in dieser Angelegenheit die nötigen Schritte zu unternehmen.

2) Die Versammelten fordern die Schaffung von Autogerichten so wie es Pressengerichte und sogar Tierschutzgerichte gibt.

3) Die Versammelten fordern die Einrichtung von Verkehrs-Referaten bei der Polizei, welche durch Fachleute geleitet werden sollen.

4) Verlangen die Gründung von Administrationsgerichten unter Mitbeteiligung des Zw. Zaw. Automobilisten zwecks Vermeidung der Festsatzung von willkürlichen Strafen durch die Polizei.

5) Fordern die Einführung von nächtlichen Polizeikontrollen, die insbesondere auf die Beleuchtung der Fuhrwerke zu achten haben, damit weniger Zusammenstösse durch unbeleuchtete und falsch fahrende Fuhrwerke verursacht werden.

6) Die Versammelten protestieren gegen die Art der Einziehung der sofortigen Strafen für nicht begründete Vergehen, insbesondere bei der Festsatzung der Geschwindigkeit sowie Abgabe von Signalen.

7) Die Versammelten ersuchen den Hauptvorstand des Z. Z. A. zur Vornahme der nötigen Schritte zwecks Einführung einer genügenden Altersversicherung für Chauffeure.

Die Versammelten fordern die Aufstellung von